

Verkehrspolitik:

Berliner Gericht fordert Klima-Sofortprogramm im Verkehrssektor

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hat klagenden Umweltverbänden Recht gegeben und verpflichtet die Bundesregierung zu mehr Klimaschutz im Verkehrssektor. Die Autobahnplanung im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) läuft dem aber zuwider.

Die Bundesregierung muss jetzt alle Autobahn- und Bundesstraßenbau-Planungen im Bundesverkehrswegeplan überprüfen und nur noch die Projekte zur Sanierung und Erhalt der bestehenden Infrastruktur freigeben. Solch ein Moratorium kann die ungehemmte Autobahnplanung in eine klimaverträgliche Form überführen. Leider hat das Bundesverkehrsministerium (BMDV) bisher an der aus dem Jahr 2016 stammenden Planung festgehalten. Mit dem Urteil des OVG ist aber der bestehende BVWP ungesetzlich, weil er nicht in Übereinstimmung mit den sektoralen Klimaschutzanforderungen gebracht werden kann.

Laut **Bernd Köppl**, Mitglied des Sprecherteams des Bündnis Verkehrsinitiativen (BVI), ist „ein ‚weiter so‘ rechtlich nicht mehr möglich. Sollte das Verkehrs-Ministerium nicht reagieren, muss das Parlament ein Moratorium erzwingen.“

Hinzu kommt das Urteil des Bundverfassungsgerichtes zum 60 Mrd. Euro Sonderfonds der Energie- und Klima Projekte. Dies verlangt im Bundeshaushalt eine neue finanzpolitische Prioritätensetzung für die nächsten Jahre.

Das BMDV hat den Haushalts-Ausschuss des Bundestags im Juli 2023 über die steigenden Kosten im Autobahn- und Straßenbau informiert. Die Kosten haben sich seit der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans von 2016 bis heute ca. verdoppelt. Das BVI geht davon aus, dass bei 1.320 Autobahn- und Straßenbauprojekten ungefähr 83 Mrd. Euro überprüft und potenziell eingespart werden könnten.

Die notwendige Sanierung der bestehenden Straßen-Infrastruktur z.B. bei den maroden Autobahnbrücken könnte bei einer klimagerechten Überprüfung weitergehen, aber der ungehemmte Straßenneubau ist mit einem vom OVG geforderten Klimafortprogramm nicht mehr vereinbar. Überall, wo noch keine Bauaufträge vergeben wurden, brauchen wir jetzt ein Moratorium und eine echte Überprüfung, ob eine ohne Rücksicht auf die Klimakrise geplante neue Autobahn- und Bundesstraße noch verantwortbar und finanzierbar ist.

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-
verkehrsinitiativen.de

[https://www.buendnis-ver-
kehrsinitiativen.com/](https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/)

Berlin,
30.November 2023
PM 11/23/BVI
Thema Bundespolitik

PRESSEMITTEILUNG



Für Rückfragen:

Sprecherteam Bündnis Verkehrsinitiativen:

Armin Beck, Susanne Grube, Bernd Köppl, Anette Niemann

E-Mail: sprecherteam@buendnis-verkehrsinitiativen.com

Und / oder

bernd@buendnis-verkehrsinitiativen.com

Hintergrundinformation Bündnis Verkehrsinitiativen:

Wir sind ein deutschlandweites Bündnis aus über 80 einzelnen Bürgerinitiativen, die sich lokal gegen Großprojekte im Straßenbau engagieren. Uns alle verbinden die folgenden Forderungen:

1. Die sofortige Aussetzung des Neu- und Ausbaus von Autobahnen und Bundesstraßen.
2. Eine an den Anforderungen des Klimaschutzes orientierte, mit Bürgerbeteiligung umgesetzte, grundlegende Überprüfung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplans 2030.

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-verkehrsinitiativen.de

<https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/>

Berlin,

30. November 2023

PM 11/23/BVI

Thema Bundespolitik